

Die „Vollstimme“
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Feiertagen.
Verantwortlicher Redakteur:
S. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil
verantwortlich:
Carl Lantau, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.
Zerensprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Vollstimme

Pränumerando 20 halbes
Jahresentscheidungspreis:
Biergeldzahl. in l. Bringerlohn
2 M. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 M., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 M.
einkl. Postgebühren,
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zerensprech-Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

No. 7.

Magdeburg, Mittwoch, den 9. Januar 1895.

6. Jahrgang.

Wider den Umsturz.

I.

Berlin, den 8. Januar 1895.

Der Kampf hat begonnen! Die Herren im grünen
Tische haben im Jahre des Heils 1894 beschlossen, daß
die Worte Revolution und Umsturz aus dem öffentlichen
Leben verschwinden sollen, die Herren haben aber über-
sehen, daß das ganze Menschenleben nichts anderes als
eine beständige „Revolution“ war und „Revolutionäre“
es zu allen Zeiten gegeben hat. Wie man über den
„Revolutionär“ Christus denkt, ist längst erst aus-
gesprochen worden.

Die konservativen „Grenzboten“ erinnern auch an
Butcher, der im Kirchenbann und in der Reichsacht
starb und die Obrigkeit war schon darum formell im Recht
gegen ihn, weil er das kanonische Recht, das zu den
Rechtsgrundlagen des Reichs gehörte, öffentlich ver-
brannt hatte.

Die deutschen Territorial-Staaten
sind entstanden und gewachsen im Aufbruch gegen das
Reich, teilweise durch Hochverrat und mit Hilfe des
Auslandes.

Kürzlich ist vor der evangelischen Christenheit
ein Schwedenkönig ge-eiert worden, der angeblich gekommen
war, den evangelischen Fürsten gegen den Kaiser zu heizen
in dem Kriege, der mit der Rebellion der Böhmen
gegen ihren rechtmäßigen Monarchen begonnen hatte; daß
sich der Kurfürst von Sachsen an diesem Hochverrat nicht
beteiligen wollte, können ihm die deutschen Protestanten
bis auf den heutigen Tag nicht verzeihen.

Die Holländer verdanken ihre Weltstellung und
ihren Reichtum der Empörung gegen ihren ange-
kommenen Monarchen und werden als „Retter des
Evangeliums“ allerorten gepriesen.

Die Engländer verdanken die Befreiung von
den dummen Stuart's, die Errettung aus der Gefahr des
Niederganges in den Papismus, ihre Staatsverfassung,
auf die sie stolz sind.

Die Welfendynastie zwei Revolutionen,
in deren einer sie ihren König geköpft haben.

Die Franzosen verdanken ihrer großen Revo-
lution ihren Dauerkönig, und wir Deutschen ver-
danken dieser selben Revolution die Befreiung von der
vertrauten Hilfe der alten Reichsverfassung, da uns
unsere väterlichen Regierungen in einen solchen Zustand
der Unmündigkeit und Hilflosigkeit versetzt hatten, daß
wir selbst nichts für uns thun konnten. Napoleon half
uns dann vollends auf die Beine.

Aber die preussische Regierung betrachtete die Frei-
heitskämpfer als Aufwürger und verfolgte sie, nachdem
sie Preußen wieder hergestellt hatten; blieb doch sogar
Ernst Moritz Arndt nicht verschont.

Das heutige Deutsche Reich verdankt sein Da-
sein der Revolution von oben: drei Throne hat
Bismarck umgestürzt, und wenn er die übrigen und
den habsburgischen Kaiserthron hat stehen lassen, so ist
das wahrhaftig nicht aus Ehrfurcht vor dem historischen
Recht geschehen — in dieser Beziehung war der Welfen-
thron allen europäischen Thronen über und stand nur
dem päpstlichen nach — sondern aus den bekann-
ten realpolitischen Gründen.

Im sechsten erschienenen zweiten Bande seines Werkes:
„Fürst Bismarck und die Parlamentarier“ teilt Dr. von
Poschinger folgende bisher unbekannt gebliebene Aufzeich-
nung des ultramontanen Abgeordneten Peter Reich-
sperger mit:

„Am 11. Mai 1863 hatte der Kriegsminister v. Moos die Sitzung
des Abgeordnetenhauses infolge eines Konfliktes mit dem Präsidenten
verlassen, und der erwählte Abgeordnete wurde von seinen politischen
Freunden als Vermittler zu ihm geschickt. Während dieser Unterredung
erzählte der Ministerpräsident von Bismarck mir, was denn vor-
gefallen sei. Ich teilte ihm, erzählt Reichsperger, kurz die Sachlage mit,
worauf Bismarck mich einlud, ihn nach Hause zu begleiten, um aus-
süßlicher zu berichten.“

Auf der Leipziger Straße unterbrach Herr v. Bismarck plötzlich
pflüchzend, meine Erzählung von dem Konflikt mit der Frage:
„Wissen Sie, wenn diese Schweinereien das meiste Vergnügen machen?“

Ich: „Büte, Erzählen, mit Ihre Antwort zu sagen, da es darauf
doch alles ankommt.“

Bismarck: „Das will ich Ihnen sagen, das ist der hohe Bundes-
tag zu Frankfurt am Main.“

„Was war an mir die Reize, betroffen still zu stehen und mir
einen Augenblick der Ueberlegung zu erbitten. Ich erwiderte denn,
daß, wenn dem wirklich so sei, dies die schwerste Verurteilung Sr.
Erzählung und seiner Bestrebungen darstelle.“

„Wie meinen Sie das?“ fragte der Ministerpräsident.

„Kann“, erwiderte ich, „dieser hohe Bundesstag in hoch wohl keiner
Sympathie mit demokratischen Schweinereien verdächtig?“

„Kann“, meinte Bismarck trocken.

„Dann muß also“, entgegnete ich, „jener deutsche Bundesstag
Grund haben, in Ihnen, Erzählen, eine weit größere Gefahr zu er-
blicken, als in allen Demokraten Deutschlands!“

„Und darin soll er recht bekommen!“ schloß Bismarck; sprach's
und bog mit kühnem Grusse und stolz gehobener Hand nach der
Willkommstraße ab.“

Drei Jahre später, 1866, machte Bismarck sein Meisterstück
als Umstürzler, indem er den längst geplanten „Hoch-
verrat“ am deutschen Bunde vollbrachte, die „gott-
gewollte Ordnung des Reiches“ zertrümmerte, drei Mo-
narchen „von Gottes Gnaden“ entthronte und deren
„angestammte“ Bande dem Königreich Preußen einverleibte.
Die frommen preussischen Patrioten priesen das als eine
„glückliche Wendung durch Gottes Fügung“.

Und weiter: Zur Gründung des Königreichs Italien
haben die Revolution von oben und die von unten
zusammengewirkt, und zwar hat die letztere das größere
Stück Arbeit vollbracht. Sechs Throne haben
Erschütterung und Genossen umgestürzt und den siebenten
angetastet.

Durch Revolutionen sind die Donauprovinsen
der Türkei selbstständige Gewalt.

Und jetzt will dieselbe Macht, die die Früchte dieses
Umsturzes genießt den Staat und die Gesellschaft vor
einem anderen „Umsturz“, den sie im Siege der freiheit-
lichen Ideen sieht, behüten. Bereits vor mehr als hundert
Jahren schrieb Kant, der Philosoph in Königsberg: „Die
Idee einer Verfassung von der größten menschlichen Freiheit
ist eine notwendige Idee. Welches der höchste Grad sein
mag, bei welchem die Menschheit stehen bleiben müßte,
und wie groß also die Klüft, die zwischen der Idee und
ihrer Ausführung übrig bleibe, sein möge, — das kann
und soll Niemand bestimmen, eben darum, weil es Freiheit
ist, welche jede angegebene Grenze übersteigen kann.“

Denen, welche sich gegen die Verwirklichung der Idee
auf „vergeblich widerstrebende Erfahrung“ berufen, sagt
Kant: eine solche Berufung sei pöbelhaft. —

Es wird sich im Laufe der Diskussion über die Um-
sturzvorlage zeigen, welche auch noch hinzuweisen hat auf
große Revolutionen, die sich auf allen Gebieten des
Wissens, des Handels, des Verkehrs, der Waren-
erzeugung und des Warenverschleißes vollzogen
haben, tob die bürgerliche Gesellschaft so „pöbelhaft“ ist, wie
Kant seiner Zeit angenommen. —

Genosse Auer ist als erster Redner der sozialdemo-
kratischen Fraktion in die Rednerliste eingetragen. —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Ueber das allgemeine Wahlrecht äußert sich der
bekannte freikonservative Professor Delbrück in den
„Preussischen Jahrbüchern“:

Das allgemeine gleiche Stimmrecht mag vielerlei Unbequemlich-
keiten haben, aber vor der Revolution wenigstens sind wir dadurch
gesichert, und die allergefährlichsten, der Aufmerksamkeit eifriger Staats-
anwälte hier angelegentlich empfohlenen Umstürzler sind sicherlich
diejenigen, die den Staat dieses Vollrechts und das Volk seines wich-
tigsten Gombrechts berauben wollen.

Hierzu bemerkt der „Vorwärts“: Man sollte sich wirk-
lich den Spaß machen, dem Reichstage einen Gesetzent-
wurf gegen die wirklichen „Umstürzler“ vorzulegen. Da
käme ein schönes Verzeichnis von Verbrechen und Ver-
brechern zusammen. —

Unter der Epizymark: Der Druckfehlerhund als
Majestätsverbrecher, wird der „Breslauer Zeitung“
aus Berlin geschrieben: „In einer ostpreussischen Stadt,
etwa von dem Range von Insterburg hat jüngst der
Druckfehlerhund arge Verwirrung angerichtet. Da er-
scheint eine Provinzialzeitung, der nichts fernher liegt, als
hochgestellte Personen zu beleidigen, zumal durch offene
Schimpfwörter. Wenn man eine Rede, sagen wir eines
Prinzen, als unheimlich bezeichnen wollte, so wäre man
selbst unheimlich. Man könnte ebenso gut am hellen lichten
Tage auf die Straße gehen und unter den Augen eines
Schutzmanns oder Gendarmen Scheufenster einschlagen.
Nun hat jenes ungenannte Blatt von einer Rede eines
hohen Herrn berichtet, und im Laufe der Besprechung
wird auf die „damalige Rede“ verwiesen. Da will es
das Unglück, daß der Gelehrte das zweite „a“ ausläßt, so
daß von der „damaligen“ Rede gesprochen wird und nun
ist das Verbrechen fertig.“ — Die Verhandlung ist noch
nicht abgeschlossen, auf deren Ausgang man gespannt sein
kann. —

Wie ein Steuerhinterzieher in Deutschland
geehrt wird. Wer Herr Baare ist, wissen unsere Leser.
Wie man den Mann ehrt, beweist die folgende aus
Böckum vom Volksschen Bureau übermittelte Depesche:

Aus Anlaß der Feier des 40jährigen Jubiläums des Geheimen
Kommerzienrats Baare fand gestern ein großer Festzug statt. Dritte
Vormittag brachte die köstliche Kapelle ein Stückchen. Sehr zahl-
reiche Telegramme, Glückwünsche und Blumenkranze, sowie
wertvolle Gaben gingen bei dem Jubiläum ein. Es erschienen
viele Deputationen. Zunächst 30 Beamte, Meister und Arbeiter des
Bereins, sodann unter anderem Magistrat, Stadterordnete, Handels-
kammer, Verwaltungsrat des Böckumer Vereins, Vorstände der drei
großen wirtschaftlichen Vereine, vertreten durch die Herren Geheimrat
Janßen, Geheimrat Jenke, Generaldirektor Serwitz, Abgeordnete
Dr. Dued und Dr. Deumer, sowie Deputationen der Geistlichen und
der Klerge.

Den Arbeitern, die um des lieben Brotes willen an dieser
für unsere Zustände so charakteristischen Feier teilnehmen
mußten, brüden wir unser Beileid aus. —

Zur Kennzeichnung der Situation in Meerane
diene die kurze entnommene Notiz, Nummer 2 der
„Meeraner Nachrichten“. Da heißt es:

Für unsere Besuchsleute brachte das neue Jahr wieder zahl-
reiche Anträge und die Reisenden sind mit guter Hoffnung auf
ihre Touren gegangen. Fürbereiten und Appreturanstalten sind voll
beschäftigt. Leider lassen die Löhne der Handwerker noch viel zu
wünschen übrig. Hoffen wir, daß auch diese sich bei etwas besserem
Wirtschaftsgange etwas heben.

Hoffen und Harren macht Viele zum Narren — sagt ein
altes Sprichwort, und auch hier bestätigt es sich wieder,
daß die Herren Webfabrikanten nicht eher bessere Löhne
zahlen, als bis die Weber in der Haus- und Fabrik-
industrie nicht mehr für die jetzigen Hungerlöhne arbeiten,
oder aber bis es denselben möglich würde, einen allgemeinen
Weberstreik ins Werk zu setzen. Das ist indes bei der
modernen Kleiderstoff-Fabrikation, bei den komplizierten
Musterartikeln und der rasch wechselnden Saison, wenn
auch höchst notwendig, doch nicht recht wahrscheinlich. —

Wie es gemacht wird

um die so wie so schon erbärmlichen Löhne der armen,
in der Hausindustrie beschäftigten Weber noch mehr her-
abzubringen, zeigt nachfolgender Brief, den ein Greizer
Fabrikant sich bei einem der Weberfaktoren bestellte, um
dann durch Vorzeigen dieses Schriftstückes auch bei den
übrigen Faktoren ein Herabsetzen der Löhne zu erzwingen.
Das charakteristische Schriftstück lautet:

Friedrich Arnold Greiz, den 31. Dezr. 1889.
Hohenleuben.
„Erdurch erlaube ich Sie, mir gefl. folgenden Brief zu schreiben,
damit ich denselben Donnerstags, d. 2. Januar hier h.“

Herrn Friedrich Arnold, Greiz.
Bezugnehmend auf die mit Ihrem Herrn Koch gehabte Be-
sprechung habe ich mich entschlossen, 8 Stühle aus Jacquard für Sie
zu belegen zum Lohnjah von M. 6.— pr. 100. Jahren, billiger kann
ich es nicht machen, indem ich meinen Webern nicht weniger als
M. 2.30—2.40 zahlen kann.

Ich sehe daher Ihren umgehenden Kettenzusendungen entgegen
und bemerke Ihnen noch, daß ich auf nächste Woche auch für die
glatten Stühle eine größere Anzahl Ketten benötige.

Hochachtung! E. Fuchs.
Nachstehenden Brief lassen Sie mir also gefl. morgen schreiben
und senden mir denselben ohne weitere Ermittelungen zu.
Zum bevorstehenden Jahreswechsel bringe ich Ihnen meine besten
Glückwünsche und grüße
Achtungsvoll!
Dr. Friedrich Arnold.

Wie die staatlichen „Musterbetriebe“ aussehen,

das für liefert die Sonntagsruhe der Berliner Eisenbahn-
arbeiter einen bezeichnenden Beleg. Der „Vorwärts“ ent-
wirft davon folgende Schilderung: „Es kommt vor, und
zwar aus Ursachen, die den Arbeitern nicht erkennbar
sind, daß die an und für sich schon mangelhafte Sonntags-
ruhe für die Arbeiter zeitweilig ganz aufgehoben wird.
Bei „voller“ Sonntagsruhe im Güterverkehr erhalten die
Arbeiter gewöhnlich an jedem vierten Sonntag einen
halben Tag, entweder einen Vormittag oder Nachmittag
frei, jedoch ihre „Sonntagsruhe“ dann 18 Stunden, an
den anderen drei Sonntagen aber nur 12 Stunden beträgt.
Bei „aufgehobener Sonntagsruhe“ beträgt die Pause
ebenfalls 12 Stunden, denen 12 Stunden Arbeit entweder
in Tagsschicht oder Nachtschicht folgt. Noch unglücklicher
ist es mit der Sonntagsruhe bei den im Personenverkehr
beschäftigten Leuten bestellt. Die Rangierarbeiter erhalten
hier erst jeden vierzehnten Sonntag frei! Man sieht,
daß es keine vollwertigen Gründe hat, wenn die unteren
Beamten des Staates der Sozialreform und natürlich auch
die von ihm ausgebeuteten Arbeiter immer zahlreicher
der einen Partei anschließen, die ihre Interessen ehrlich
vertritt, daß sie einzig der Sozialdemokratie vertrauen!
Die „Germania“ bezeichnet die letztere Bemerkung als
„traurige Konsequenz“ aus dem Mitgeteilten, bemerkt aber
dann weiter:

Wie viele Tausende neuer „Genossen“ erst führen die bewußt
erfolgenden zahlreichen Entlassungen von Eisenbahnbeamten der Sozial-
demokratie zu. Die nächsten Wahlen werden es zeigen. In der That:
es ist eine eigentümliche Manier, in welcher die Regierung den
„Kampf gegen den Umsturz“ führt, eine Art, an welcher der Umsturz
seine heile Freude haben kann.“

Ja, ja, in der Theorie bekämpft sich der „Umsturz“ viel
leichter als in der Praxis. Diejenigen, die am ärgsten
nach neuen Strafparagrafen schreien, sind es, die am
meisten für die Ausbreitung der Sozialdemokratie wirken
— zwar wider Willen. Aber die Wahrung ihres kapita-
listischen oder fiskalischen Interesses läßt sie in wirklichen
Umsturz das höchste leisten. —

Ein schwarzer Polizist.

Man wird sich noch erinnern können, wie unangenehm es die Koalitionspaffen berührte, als Monsignore Scheicher im Reichsrat das Geständnis ablegte, die Regierung benötige den Klerus zu geistigen Polizeidiensten gegen die Sozialdemokratie.

Seine Rede scheint indessen keinen besonderen Eindruck auf seine Amtsbrüder gemacht zu haben, denn sie setzen ihr schwarzes Handwerk, wie aus nachstehenden zwei Schriftstücken zu ersehen ist, fleißig fort.

I.

Gelobt sei Jesus Christus!

Durch die Gendarmen-Machtmesser (11) von Friedberg habe ich erfahren, daß Samstag die Sozialdemokraten unter Anführung des Gemeindeführers in Ihrem Hause eine Versammlung abhalten wollten.

II.

Sehr geehrter Herr Ortsobmann!

Durch die Gendarmen wurde ich in Krustais gefügt, daß nächsten Samstag im Hause des Herrn Johann Eißler in Pfaffen- schlag die Sozialdemokraten unter Anführung des Gemeindeführers eine Versammlung abhalten wollten.

Diese zwei Briefe, welche wir der Wiener „Arbeiterztg.“ entnehmen, richte die schwarze Polizei von Kirchschlag an den Gastwirt Eißler in Pfaffenschlag, bei dem die 11 Sozialdemokraten eine Versammlung abhalten wollten.

Menschensklut ist ein kostbarer Saft.

Dr. Scheicher, ein katholischer Geistlicher, sagte im österreichischen Abgeordnetenhaus mit Bezug auf die von den Sozialdemokraten geforderte Wahlreform:

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Im Kampf ums Recht.

Roman aus der Zeit vor hundert Jahren.
Von Emanuel Warm.

Dieser gewaltige Steinbau mit seinen neun Fuß hohen Mauern — wie konnte er von einer so leicht bewaffneten Volksmenge erobert werden? Sah es nicht wie das Treiben Bahnwärtiger aus, wenn jetzt die Pariser erregt ihre glühenden Blicke gegen dieses Bollwerk der Tyrannei richteten und ihre Hände gegen dasselbe hielten?

War es nicht eine Thorheit, immer und immer wieder aus Zehntausenden von Köpfen zu rufen: „Wir wollen die Bastille!“

Oder hat die Sage der Trompeten von Jericho eine wahre, tiefe Bedeutung?

Schützen vor dem begeisterten Willensausdruck eines entschlossenen Volkes wirklich die Mauern ein? — „Wir wollen die Bastille!“

Jetzt waren es schon Hunderttausende, die diesen Ruf hinaus ertönen ließen zu den Zinnen der massiven Türme, hinter deren Schießscharten die Mündungen der Kanonen hervorliefen.

Und dieser Ruf ließ wirklich den Gouverneur Delannoy zittern — aber nur für einen Augenblick, dann machte sich die Berachtung des Edelmanns über das Geschrei des „Pöbels“ geltend.

Da sieht der Gouverneur, wie die dichtgedrängte Menge aneinanderweicht und einem einzelnen Mann Platz macht, der ein weißes Tuch schwingt.

Das will man? — läßt Delannoy fragen.

Der Stadthauptmann vor Paris — eine Botenschaft — lautet die Antwort.

Der Advokat Thuriot kommt als Abgeordneter; die Zugbrücke wird niedergelassen, er betritt das Innere.

„Ich sage Ihnen, meine Herren, wenn das Haus den Ruf nach Gerechtigkeit, der jetzt von allen Millionen, die unser Vaterland bewohnen, eindringlich an dasselbe gerichtet wird, nicht hören wird, dann werden Sie gezwungen werden, die Argumente von der Straße zu vernehmen.“

Dieser Pfarrer ist kein Schleicher.

Eine gewaltige Kluft.

„Sie kennen alle zur Genüge die Postulate der Sozialdemokratie und die Stellung, welche die Vertreter der heutigen Wirtschaftssysteme ihnen gegenüber einnehmen.“

„So hätten wir Geistliche als bewaffnete und thätige Vertreter des evangelischen Christentums schon Kritik genug, Kritik zu üben an bestehenden. Wir thun es auch. Wir wagen die Kritik, auch wenn es zu den großen Paganen gehört, endlich und durchgreifend die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu beurteilen.“

So spricht Pfarrer Probst in seinem Vortrag: „Die soziale Arbeit des Pfarrers“, der jüngst in der Schweiz erschienen ist.

Es hat lange gedauert, bis einige aus der Geistlichkeit eingesehen haben, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht kirchlich ist und noch länger wird es wohl dauern, bis die Kirche einseht, daß eine gewaltige Kluft zwischen Evangelium und Kapitalismus gähnt.

Die Folgen des Militarismus.

In dem Jahrzehnt 1883—93 sind die Ausgaben Europas für Heereszwecke um 23 1/2 Prozent gestiegen. Die Zahl der unter der Fahne Stehenden wuchs um 60 Prozent.

Die Schulden der 25 europäischen Staaten wuchsen um 32 Prozent, sie belaufen sich jetzt auf rund zweiundzwanzigtausend und vierhundert Millionen Mark.

Die Aussicht für die Zukunft? Staatsbankrott, Mäntungen bis zum Zusammenbruch, der finanzielle, wirtschaftliche, soziale Kladderadatsch rückt heran. Die Galgenfrist der Klassenstaatswirtschaft wird immer kürzer.

Inslard.

„Oesterreich. Ein Prager „Bürger“ schenkte der Stadt Blowitz ein Kaiserporträt und einen Kronleuchter. Dafür erteilte die Stadtvertretung dem Spender das Ehrenbürgerrecht. Und wer ist der edle Spender? Der bekannte Prager Geheimpolizist Deiot, zugleich Inhaber eines verrufenen Hauses.“

„Konkretisiert wurde die in Lemberg erscheinende „Beamtenszeitung“ („Gazeta urzędnicza“) wegen eines Artikels „Nichten oder Verwandte“. Es müssen böse Nichten sein, die die legale geistliche Beamtenschaft in solchen Jörn verfehlt, daß sie sich zu solchen „verbrecherischen“ Artiteln hinreißen lassen.“

„Frankreich. Der einstige Redakteur der „Nation“, Courbillon, wurde unter der Beschuldigung der Erpressung zum Schaden der Südbahngesellschaft verhaftet.“

Arbeitslosigkeit und Pauperismus wachsen auch in England infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges gewaltig an. Aus vielen Grafschaften des Südens und des Zentrums wird über Zunahme des Vagantentums Klage geführt. Aus Somersetshire wird gemeldet, daß seit 1892 die Zahl der Vaganten von 29000 auf 48000 gestiegen ist; ähnliches hört man aus Gloucestershire, und der Grafschaftsrat von Herefordshire hat die Zentralbehörde in London um Ernennung eines Kommissars zur Untersuchung der Lage ersucht, die für die Sicherheit der ländlichen Bevölkerung als gefährdend dargestellt wird.

Die große Republik der Vereinigten Staaten ist das Land der schärfsten und furchtbarsten Kontraste. Glend und Hunger herrschen in Chicago wie nie zuvor, und zur selben Zeit stellt sich dort ein Reichtum zur Schau, wie er in den Vereinigten Staaten wohl noch nicht gesehen wurde.

Ein Schrei der Wut braust vom Platze empor; bald mischen sich herzerreißende Wehlaute in denselben. Blut ist geflossen; Verwundete und Sterbende ächzen. Nun aber steigt die Wut der Menge wirklich fast zur Raserei. Mit den Fäusten will man diese Zwangsburg niederreißen!

„Nestlé's ist doch ein treuer Anhänger des Königs, — und er rät mir Unterwerfung?“ Thuriot kennt den Inhalt der Botenschaft; mit berechtigten Worten fordert er den Gouverneur zur Uebergabe auf.

„Nestlé's ist doch ein treuer Anhänger des Königs, — und er rät mir Unterwerfung?“ Thuriot kennt den Inhalt der Botenschaft; mit berechtigten Worten fordert er den Gouverneur zur Uebergabe auf.

Am 24. September lehnte das Reichsgericht die Revision des Genossen Baumüller gegen das am 10. Mai gefällte Urteil des Landgerichts ab.

Am 25. September wurde die „Volksstimme“ konfisziert, da sie — nach Ansicht der Behörde — eine Majestätsbeleidigung enthalten sollte.

Am 26. September wurde beim Kolporteur Gries ein noch vorhandenes Exemplar der konfiszierten Nummer beschlagnahmt, trotzdem die Frau desselben das Eigentumsrecht geltend machte.

Am 1. Oktober wurde gegen den Redakteur Richter Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben.

Am 3. Oktober verließ nach sechsmonatlicher Zwangshaft Redakteur Baumüller das Gefängnis auf dem „Thranen“ berg.

Am selben Tage wurde der Prozeß gegen Garbaum und Vater (wegen Religionsvergehen) verurteilt.

Am 15. Oktober wurde der frühere Redakteur Richter wegen Beschimpfung der christlichen Kirche mit einer Woche Gefängnis verurteilt. Die Beschimpfung wurde in der Spitzmarke des Artikels gefunden.

Am 19. Oktober wurde Richter abermals verurteilt, und zwar wegen Beleidigung der Militärbehörde mit 200 Mark oder 20 Tagen Gefängnis.

Am 25. Oktober wurde das gegen den früheren Redakteur Richter anhängig gemachte Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingestellt.

Am 26. Oktober wurde die am 23. v. Mts. beschlagnahmten Exemplare der Probe- resp. Agitationsnummer wieder freigegeben.

Am selben Tage erhielten die Genossen Gorgas und Range Strafwandate von je 10 Mark, da sie die Agitationsnummer am 23. v. Mts. auf öffentlichen Plätzen und Straßen haben verbreiten lassen sollen. Sie trugen gerichtliche Entscheidung an und wurden freigesprochen.

Am 27. Oktober erhielt Redakteur Baumüller wegen Eidesverweigerung 50 Mark Geldstrafe oder fünf Tage Haft; außerdem für die sechsmonatliche Inhaftierung eine Kostenrechnung von 91 Mark.

Am 3. Dezember wurde der frühere Redakteur Bistorius wegen Beleidigung des kommandierenden Generals v. Hänisch zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Am 6. Dezember trat Redakteur Baumüller wegen Eidesverweigerung in zwei Fällen eine 15 tägige Haft- und wegen Verbreitung „unzüchtiger“ Schriften eine fünf- tägige Gefängnisstrafe an.

Am selben Tage wurde die „Volksstimme“ konfisziert, da sie eine Majestätsbeleidigung enthalten sollte.

Am 8. Dezember wurde die konfiszierte Nummer wieder freigegeben.

Am 14. Dezember trat der frühere Redakteur Richter seine 10 tägige Haftstrafe an.

Am 15. Dezember hatte Redakteur Baumüller als Beschuldiger ein gerichtliches Verhör, da er durch einen Artikel im „Landboten“ einen Inspektor beleidigt haben soll.

Am 24. Dezember verließ Genosse Richter das Gefängnis.

Am 25. Dezember verchied Genosse Baumüller aus dem Gefängnis.

Am 31. Dezember trat der frühere Redakteur Bistorius eine 14 tägige Gefängnisstrafe an.

In Jahre 1894 wurden über die „Volksstimme“ im ganzen an Strafen verhängt: 6 Monate 3 Wochen und 4 Tage Haft, 1 Monat 3 Wochen 9 Tage Gefängnis.

Statistisches.

Die Getreide-Einfuhr in das deutsche Reich betrug im November 1894 im Vergleich zum Vorjahre 1331981 (473803) Doppelzentner Weizen, 705916 (344424) Doppelzentner Roggen, 213328 (561512) Doppelzentner Hafer, 1357012 (1068828) Doppelzentner Gerste, 94703 (164630) Doppelzentner Raps und Rübsaat, 179624 (679386) Doppelzentner Mais und Darr. Vom Januar bis Ende November wurden eingeführt 10489562 (6599328) Doppelzentner Weizen, 5842409 (1945104) Doppelzentner Roggen, 3761417 (1830219) Doppelzentner Hafer, 9943905 (7486523) Doppelzentner Gerste, 1326461 (1392680) Doppelzentner Raps und Rübsaat, 5729860 (7076495) Doppelzentner Mais und Darr.

Aus den Gerichtsfällen.

§ Magdeburg. (Diebstahl.) Gegen Diebstahls wurden in der Sitzung vom 4. Januar verurteilt: der Arbeiter Heinrich S. zu Gr.-Lützenleben, geb. 1842, zu 9 Monate Zuchthaus; der Handelsmann Eduard M. zu Halle, geb. 1840, zu 1 Jahr Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht. Wegen Begünstigung des Diebstahls erhielt die verheiratete Maurer B. zu Neudorf, geb. 1859, 2 Wochen Gefängnis. Von dieser selben Anklage wurde der Handelsmann Hermann B. hier freigesprochen.

(Einfacher Bankrott.) Der Kaufmann Othmar S. hier, geboren 1850, geriet am 5. September 1894 in Konkurs und hatte unterlassen, im Jahre 1893 eine Bilanz zu ziehen. Ihn wof wegen einfachen Bankrotts 1 Tag Gefängnis.

(Jagdvergehen.) Wegen unbedachter Ausübung gewerbsmäßiger Jagd erhielten die Arbeiter Heintz S., geb. 1869, und Carl S., geboren 1855, je 6 Monate Gefängnis.

(Körperverletzung.) Wegen gefährlicher Körperverletzung im Verein mit Ueberreizung der Straßenpolizei-Bewachungen erhielt der Knäcker Aug. Z. hier, geboren 1850, 4 Wochen Gefängnis.

(Falschmünz.) Wegen mangelnder Beweise wurde in der Sitzung vom 5. d. Mts. der Schmiedemeister G. S. hier, geboren 1874, von der Anklage des Diebstahls freigesprochen.

(Kuppel.) In nicht öffentlicher Sitzung wurde der schon vielfach verurteilte Fleischermeister und Kuppeler Heinrich B. hier, geboren 1871, wegen Kuppelns zu 1 Jahr

6 Monaten Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt.

§ Magdeburg. Der Arbeiter W. war vom Hofmeister B. des Posthalters H. hier als Hilfs-Kutscher für den zu Weihnachten stattfindenden stärkeren Postpaketverkehr eingestellt worden und behauptet, daß ihm beim Antritt des Arbeitsverhältnisses, von dem ihn zu diesem Dienste engagierenden Hofmeister B., nicht mitgeteilt worden, daß für die Arbeitszeit, welche von 5 Uhr morgens, mit kurzen Unterbrechungen im Laufe des Tages, bis Abends 9—10 Uhr dauerte, nur ein Tagelohn von 2 Mk. gezahlt würde, und glaubte auf den ihm von der Firma gezahlten Lohn, welcher abzüglich der Beiträge für Kranken- und Unfallversicherung nur noch Mk. 9,03 betrug, sich in Anbetracht der überaus langen Arbeitszeit für berechtigt zu halten, eine Nachforderung von Mk. 8,77 stellen zu können. Der als Zeuge der Firma vernommene Hofmeister B. bekundete, er habe allen von ihm zu diesem Dienste eingestellten Kutschern bei Abschluß des Arbeitsverhältnisses mitgeteilt, daß als Tagelohn für diesen Dienst nur Mk. 2,00 gezahlt würden, und die tägliche Arbeitszeit von unbestimmter Dauer sei und sich oft bis abends spät ausdehnen würde, auch dem Kläger gegenüber hätte er dies gethan und denselben nur noch aus Mitleid, da er ein Landmann von ihm, eingestellt, da er schon Leute genügend hatte und eine große Anzahl sich Melbender, welche sich sogar für den geringeren Lohn von Mk. 1,50 angebot hätten, zurückgewiesen habe, auch für diese seine Aussage unterstützende Zeugen in großer Zahl stellen könne. Kläger war nicht in der Lage, durch Gegenbeweis eventuell zu leistendem Eid, die Behauptungen des Zeugen zu entkräften. Das Gewerbegericht mußte daher den abgeschlossenen Arbeitsvertrag als zu Recht bestehend anerkennen und den Kläger mit seiner Mehrforderung abweisen. (Sch.)

§ Koblenz. (Niedrige Löhne erzeugen Verbrecher.) In Merloch bei Koblenz wurde dieser Tage der Hilfspostbote Paul Martin wegen einer kleiner Unterschlagung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Ursache dürfte auch hier die geradezu miserable Bezahlung sein, die die Postverwaltung ihren unteren Angestellten zu teil werden läßt. So soll der Betreffende, Vater einer zahlreichen Familie, den Rieseengehalt von einer Mark pro Tag bezogen haben!

§ München. (— — —) „Von einer Ausbeutung der Arbeiter kann nicht geredet werden, solange sich Arbeiter freiwillig zur Arbeit anbieten,“ so sagte und entschied ein Gericht in München und verurteilte den Redakteur der „Münchener Post“, der von schamloser Ausbeutung in einer Fabrik geschrieben hatte, zu 100 Mk. Geldstrafe. Demnach können Arbeiter wohl auf das äußerste ausgebeutet werden — solange sie sich freiwillig zur Arbeit anbieten, aber man darf nicht darüber reden, schreiben und — denken; o ja, das kann man. So weit sind wir in Deutschland noch nicht.

Ein Fabrikpasha an seine Arbeiter

Rehr! Euch das Mutter wohl an einem Gaul. Er arbeitet fleißig von früh bis spät. Ohn' daß er auf etwas je schimpfen thät. Und iparet, es sind doch Sparrassen da. Die geben Euch hohe Prozente ja. Berrinkt nicht alles in Wein oder Bier. In lasterhafter und üppiger Gier. Bereitet zu jeder nicht die Gerichte. Wir kochen selber einfach und leicht. In der Früh Kartoffeln und mittags auch. Und abends daselbe so sei es Brauch. Und nicht zuviel Fleisch, das verdammt zu schwer. Bringt Wagenabsejwerden und anderes mehr. Schimpft nicht auf die Obrigkeit und den Staat. Der so glänzend für Euch gesorget hat. Bedenkt, wenn 70 Jahr Ihr einst seid. Da winter Euch eine köstliche Zeit. Bei mir schon nach 25 der Jahr' Bekommt Ihr ein kleines Geschenk in dar. Und weiter, ten ununterbrochen Ihr Einst 50 Jahr in Arbeit bei mir, Und war' Ihr während der Zeit auch küßlich brav, Belohn' ich Euch reichlich trotz einem Graf. Kam ihr Ihr wohl ein, daß es Eurem Stand Die Obrigkeit hält die schützende Hand.

Bermischtes.

Wacht der Gemohnheit. Die antientliche Staatsbürgerzeitung schreibt: „Ein funktionsloser Druckfehler hat sich in den „Leitartikel“ der heutigen Morgenausgabe unserer Zeitung eingeschlichen. Am Schlusse des zweiten Absatzes, zweite Spalte, soll es heißen statt: „gegen einen Sieg der liberalen Juden...“, gegen einen Sieg der liberalen Ideen...“. Die auf den Juden dreijährigen Leser der Staatsbürgerzeitung dürften über diesen Druckfehler schwerlich gestolpert sein, zumal sie ohnehin nicht daran gewöhnt sind, daß das, was in ihrem Selbstblatt steht, auch einen Sinn haben müsse.

Ein böser Druckfehler findet sich in diesjährigen amtlichen Adreßbuch der Stadt Magdeburg. Ist da ein Herr Julius Wüsch, seines Reichers Kassendirektor bei der Reichsbank, durch einen unglücklichen Zufall als — Kassendieb aufgeführt. Kaffert so etwas in einer Zeitung, ist es schlimm genug, aber in einem amtlichen Adreßbuch, das ein ganzes Jahr seinen Dienst thut, mit einem so unheimlichen Ladel verzeichnet zu sein, das ist schon mehr als ärgerlich. Herr Wüsch kann sich wenigstens freuen, daß der Druckfehler nicht in jenem Kalender passiert ist, der in den Grundstein des Kaiserdenkmals gelegt wurde. Untere Magdeburger, die einmal die alten Adreßbücher hervorholen werden, würden schon Begreifnis von uns bekommen haben.

Matchbox!

Wer ist Matchbox? Matchbox ist ein edler Staatshengst, den die k. k. österreichische Regierung um den Pappenstiel von 187 000 Gulden gekauft hat. Welches wahrhaft kavaliermäßiges Dasein dieser edle Hengst führt, erzählt uns der Umläzer „Dhvor.“

Man höre: Matchbox hat seine eigenen, prachtvoll eingerichteten Stallapartements, zu seiner Bedienung vier Soldaten und zwei Unteroffiziere, die wiederum unter Aufsicht von zwei Offizieren stehen. Die Speisekarte von Matchbox' Mahlzeiten wird eine Woche im vorhinein auf das sorgfältigste zusammengestellt. Bei seinen Spaziergängen wird streng darüber gewacht, daß das edle Thier nicht erschreckt wird; Pferde, Hunde und Soldaten dürfen ihm nicht in den Weg treten. Geht Matchbox spazieren, darf von der Plebs niemand den Kopf zum Fenster hinausstecken. Er wird von zwei Soldaten geführt, während zwei andere den Weg aufräumen. Seine Lieblingspeise sind rothe Möhren. Besuche empfängt er nur aus der höchsten Gesellschaft; nicht einmal Offiziere vom General abwärts haben Zutritt. Gerade in den letzten Tagen traf ein Soldat sogar aus Siebenbürgen ein, genau 52 Kilo schwer, der Matchbox besuchen soll. Das adelige Kasino erkundigt sich tagtäglich nach dem Befinden Matchbox'. Nun sage noch jemand, daß Oesterreich kein sozialreformatorischer Staat ist!

Wie wird euch armen Menschen ob dieser Schilderung zu Mute? Matchbox, der k. k. österreichische Hengst, führt ein besseres Leben als tausende k. k. österreichische Untertanen. So will es die „Ordnung.“

Die Umsturzvorlage nach dem Herzen der Unternehmer.

Der preussische Großindustrielle Freiherr v. Stumm, bekannter unter dem Namen „König Stumm“, erklärte in der Reichstagsitzung vom 12. Dezember, er müsse sich dagegen verwahren, daß die Umsturzvorlage nach ihm benannt werde: er würde ein ganz anderes Gesetz ausgearbeitet haben. Dessen sind wir überzeugt! Nach den bekannten Herzensneigungen des genannten Abgeordneten schlägt die „Deutsche Volkswacht“ eine Umsturzvorlage im Sinne eines nationalliberalen Unternehmers vor, die das „Bayerische Vaterland“ ergänzt. Wir lassen den so geänderten Text hier folgen:

Art. 1. Alle Untertanen des Deutschen Reiches haben der nationalliberalen oder der Reichspartei anzugehören. Zuwiderhandelnde werden mit Zuchthaus nicht unter einem Jahr und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit bestraft; auf Sozialdemokraten findet das Jesuitengesetz Anwendung.

Art. 2. a) Majestätsbeleidigungen werden mit dem Tode bestraft. (Das Königreich Stumm wird den souveränen Fürstenthümern gleichgeachtet.) b) Beleidigung von Staatsbeamten vom Schulmann aufwärts, sowie jede Art heftender Staatsbeleidigungen wird mit Zuchthaus mit einem Einkommen über 10000 Mk. Reserveoffizieren mit Gefängnis bestraft. Die Verurteilung hat dauernde aktive und passive Wahlunfähigkeit zur Folge.

Art. 3. Alle politischen Vereine werden aufgelöst.

Art. 4. Versammlungen jeglicher Art sind untersagt. Ausgenommen sind Kontrollversammlungen, sowie Versammlungen von Ausschüßräten und Aktionären.

Art. 5. Jede Zeitung ist verpflichtet, der kgl. Regierung die ganze erste Seite unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, bei Wohlzeiten den ganzen politischen Teil. Als Redakteure und Mitarbeiter dürfen nur pensionierte Offiziere und Militäranwärter angestellt werden und beziehen einen Gehalt nicht unter Hauptmannsgrade mit dem Anspruch auf den vollen Gehalt als Pension nach fünfjähriger Dienstzeit. Das etwaige Defizit deckt der Verleger, Ueberdüsse sind an das Reich abzuliefern.

Art. 6. Das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht wird abgeschafft. Die 397 Höchsthöchstwerteten, sofern sie der nationalliberalen oder Reichspartei angehören, sitzen den Reichstag. Der Reichstag ist bei Anwesenheit von 10 Mitgliedern beschlußfähig.

Art. 7. Einfachheit, Genügsamkeit und Anspruchslosigkeit sind erste Bürgerpflicht beim gewöhnlichen Volke. Dasselbe ist Weingenuß absolut verboten, der Genuß von Bier nur im Notfall erlaubt. Zigaretten- und Tabakrauchen ist ihm verboten, Arbeitern, welche 25 Jahre in einer Stellung tadellos gedient haben, ist wöchentlich das Rauchen einer Pfeife oder Zigarre gestattet. Kontravenianten werden mit Gefängnis nicht unter einem Jahre bestraft. — Zum gewöhnlichen Volke zählt jeder, der nicht beamtet, nicht Reserve-Offizier oder nicht über 5000 Mk. Einkommen hat.

Art. 8. Das Singen aufreizender Lieder wird mit Gefängnis, bei erschwerenden Umständen mit Zuchthaus bestraft. Gestattet sind außer den Kirchenliedern, der „Sang an Aegir“, die „Wacht am Rhein“ und „Ich bin ein Preuze“. Alles übrige gilt als aufreizend.

Art. 9. Die Besteuerung ist progressiv nach unten. Die Untertanen werden in zehn Steuerklassen eingeteilt, die Nummer ist sichtbar am Aermel oder an der Mütze zu tragen. — Den Angehörigen der obersten drei Steuerklassen sind von jedermann Honneurs zu erweisen; Achtungsverletzungen gegen sie werden mit Prügelstrafe geahndet.

Art. 10. Die Untertanen haben zufrieden zu sein und ihre Hauptpflichten: Steuerzahlen, Soldatsein, Wahlhalten mit Freudigkeit und Begeisterung zu erfüllen. Ausdrücke der Unzufriedenheit gelten als Vorbereitung zum Hochverrat und werden mit Verbannung nach Afrika, das der Diktator des Kanzlers Best unterstellt wird, bestraft.

Art. 11. Wer Unbotmäßigkeit zeigt oder ahnen läßt, wird zerschmettert.

Art. 12. Jeder Untertan wird auf den Satz als Grunddogma vertheidigt: Suprema lex Regis voluntas. Der Zweifel daran gilt als Meißel und wird mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren bestraft.